



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

MNZ vom 13.09.2006

Bordell-Gegner zeigen Vaupel an

Vorwurf: Bestechung und Rechtsbeugung

Von Michael Marten
(0 64 21) 1 69 99 12
m.marten@mittelhessen.de

Marburg. Rechtsbeugung, Bestechung und Nötigung wirft die Bürgerinitiative gegen das Großbordell in Wehrda dem Marburger Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) und dem Bauamtsleiter Jürgen Rausch vor. Die Gruppe hat am 16. August eine entsprechende Strafanzeige erstattet.

Den Eingang der Strafanzeige hat Oberstaatsanwalt Hans-Joachim Wölk gestern auf Anfrage dieser Zeitung bestätigt: „Zwei Mitglieder der Bürgerinitiative sind persönlich am 16. August hier erschienen und haben die Anzeige erstattet“, sagte Wölk. Derzeit prüfe ein Staatsanwalt, ob ein Anfangsverdacht vorliege. Wie weit dieses Prüfungsverfahren fortgeschritten sei, könne er nicht sagen, erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Renate Rausch, Mitglied der Bürgerinitiative, bestätigte, dass ein Gespräch mit der Marburger Staatsanwaltschaft stattgefunden hat. Sie selbst habe daran aber nicht teilgenommen. Als Grund für die Strafanzeige nannte sie, dass der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Akteneinsichtsausschuss, der die Hintergründe der Genehmigung für das Großbordell prüfen sollte, nicht das gebracht habe, was man erwartet habe. Auch auf mehrfache Nachfrage wollte sie nicht weiter ausführen, was sie damit meinte. Sie sagte lediglich: „Die Stadt

hat in diesem Fall etwas zu verbergen.“ Die Vorsitzende der Bürgerinitiative, Inge Hauschild-Schön war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Hintergrund: Der Akteneinsichtsausschuss hat die städtischen Unterlagen zum Großbordell in Wehrda untersucht und ist zu dem Schluss gekommen, dass der Magistrat mit der Erteilung der Genehmigung für das Bordell nicht gegen geltendes Recht verstoßen hat.

Nachdem im vergangenen Jahr bekannt geworden war, dass im Gebäude einer ehemaligen Computer-Firma im Industriegebiet in Wehrda ein Großbordell eingerichtet werden sollte, hat sich eine Bürgerinitiative gegen das Projekt gegründet. Sie sammelte unter anderem 3000 Unterschriften gegen das Projekt. Der Protest blieb erfolglos, das Bordell ist inzwischen eröffnet worden.

■ Vaupel sieht sich schuldlos

Die Bürgerinitiative arbeitet trotzdem weiter und kündigte an, sie konzentriere sich künftig besonders auf Widerstand gegen Zwangsprostitution.

Oberbürgermeister Egon Vaupel zeigte sich gestern entsetzt über das Vorgehen der Bürgerinitiative. „Ich hätte nicht gedacht, dass die Aktivitäten ein solches Ausmaß annehmen würden“, sagte er. „Ich bin mir absolut sicher, dass meine Mitarbeiter, Herr Rausch und ich uns nichts vorzuwerfen haben.“

Bordell-Gegner zeigen Vaupel an

Vorwurf: Bestechung und Rechtsbeugung

Von Michael Marten
(0 64 21) 1 69 99 12
m.marten@mittelhessen.de

Marburg. Rechtsbeugung, Bestechung und Nötigung wirft die Bürgerinitiative gegen das Großbordell in Wehrda dem Marburger Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) und dem Bauamtsleiter Jürgen Rausch vor. Die Gruppe hat am 16. August eine entsprechende Strafanzeige erstattet.

Den Eingang der Strafanzeige hat Oberstaatsanwalt Hans-Joachim Wölk gestern auf Anfrage dieser Zeitung bestätigt: „Zwei Mitglieder der Bürgerinitiative sind persönlich am 16. August hier erschienen und haben die Anzeige erstattet“, sagte Wölk. Derzeit prüfe ein Staatsanwalt, ob ein Anfangsverdacht vorliege. Wie weit dieses Prüfungsverfahren fortgeschritten sei, könne er nicht sagen, erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Renate Rausch, Mitglied der Bürgerinitiative, bestätigte, dass ein Gespräch mit der Marburger Staatsanwaltschaft stattgefunden hat. Sie selbst habe daran aber nicht teilgenommen. Als Grund für die Strafanzeige nannte sie, dass der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Akteneinsichtsausschuss, der die Hintergründe der Genehmigung für das Großbordell prüfen sollte, nicht das gebracht habe, was man erwartet habe. Auch auf mehrfache Nachfrage wollte sie nicht weiter ausführen, was sie damit meinte. Sie sagte lediglich: „Die Stadt

hat in diesem Fall etwas zu verbergen.“ Die Vorsitzende der Bürgerinitiative, Inge Hauschild-Schön war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Hintergrund: Der Akteneinsichtsausschuss hat die städtischen Unterlagen zum Großbordell in Wehrda untersucht und ist zu dem Schluss gekommen, dass der Magistrat mit der Erteilung der Genehmigung für das Bordell nicht gegen geltendes Recht verstoßen hat.

Nachdem im vergangenen Jahr bekannt geworden war, dass im Gebäude einer ehemaligen Computer-Firma im Industriegebiet in Wehrda ein Großbordell eingerichtet werden sollte, hat sich eine Bürgerinitiative gegen das Projekt gegründet. Sie sammelte unter anderem 3000 Unterschriften gegen das Projekt. Der Protest blieb erfolglos, das Bordell ist inzwischen eröffnet worden.

■ Vaupel sieht sich schuldlos

Die Bürgerinitiative arbeitet trotzdem weiter und kündigte an, sie konzentriere sich künftig besonders auf Widerstand gegen Zwangsprostitution.

Oberbürgermeister Egon Vaupel zeigte sich gestern entsetzt über das Vorgehen der Bürgerinitiative. „Ich hätte nicht gedacht, dass die Aktivitäten ein solches Ausmaß annehmen würden“, sagte er: „Ich bin mir absolut sicher, dass meine Mitarbeiter, Herr Rausch und ich uns nichts vorzuwerfen haben.“